

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	68
II.	Arten von Online-Accounts	68
	1. Vorbemerkungen	69
	2. E-Mail-Accounts	69
	3. Accounts für Foto- und Video-Plattformen	70
	4. Accounts für Cloud-Speicher	70
	5. Social-Media-Accounts	71
III.	Rechtsgrundlagen	71
	1. Erbrecht.	71
	2. Vertragsrecht	72
	3. Persönlichkeitsrecht	73
	4. Datenschutzrecht	73
	5. Urheberrecht.	75
	6. Fernmelderecht	76
	7. Strafrecht	76
	8. Internationales Privatrecht	77
IV.	Nutzung von Zugangsdaten nach Todesfall	78
	1. E-Mail.	79
	2. Social-Media-Accounts	80
	3. Foto- und Videoplattformen	80
	4. Cloud-Speicher	81
V.	Anspruch auf Zugang.	82
	1. E-Mail- und Social-Media-Accounts	84
	2. Foto- und Videoplattformen	85
	3. Cloud-Speicher	85
VI.	Empfehlungen	86
	1. Vorfragen zu Onlinediensten und begünstigten Personen klären ...	86
	2. Zugangsdaten physisch hinterlegen und technische Vorkehrungen treffen	86
	3. Regelung des Zugangs und der Verwendung in letztwilliger Verfügung	87
	4. Vorsicht bei der Nutzung von externen Speichermedien	87
	5. Vorsicht bei der Verwendung «digitaler Vererbungsdienste»	88
	6. Vorkehrungen regelmässig überprüfen und sichere Hinterlegung ...	88
	7. E-Mails und Social Media im Speziellen	88
VII.	Zusammenfassung	89
	Literatur	89

Zugangsdaten zu Online-Accounts im Todesfall

I. Einleitung

Im Jahr 2018 hat in der Schweiz jede zweite Person im Alter von über 70 Jahren mehrmals wöchentlich das Internet genutzt.¹ Die meisten dieser Personen verfügen über E-Mail- und andere Online-Accounts. Es stellt sich die Frage, was mit den Inhalten, die auf diesen Accounts gespeichert sind, nach dem Todesfall geschieht. In diesem Beitrag geht es nicht um mögliche Rechte an Daten, sondern um die Zugangsdaten zu den Online-Accounts. Dürfen sich Angehörige immer dann, wenn sie über die Zugangsdaten verfügen, auch einloggen? Haben sie gar einen Anspruch auf Zugang zu den Accounts, wenn sie nicht ohnehin über die Zugangsdaten verfügen? Wie kann vorgebeugt werden, dass es nach dem Todesfall zu Informationsverlust und/oder zu Streitigkeiten kommt? Und wie kann verhindert werden, dass Angehörige nach dem Tod der ErblasserIn Zugang zu Daten erhalten, die nicht für sie bestimmt waren? Der vorliegende Beitrag verschafft zunächst einen Überblick über die verschiedenen Arten von Online-Accounts sowie die Rechtsgrundlagen und gibt anschliessend Antworten auf die vier genannten Fragen.

Dieser Beitrag wurde im Hinblick auf den Notariatskongress 2020 verfasst, mit dem Ziel, NotarInnen in ihrer täglichen Praxis zu diesem Themenbereich eine Orientierung zu bieten. Demzufolge werden Fragen der Zulässigkeit der Regelung des Account-Zugangs in AGB oder die Durchsetzung von allfälligen Ansprüchen gegenüber Unternehmen mit Sitz im Ausland nur am Rande angesprochen. Diese Fragen sind zwar durchaus von wissenschaftlichem Interesse, aber aufgrund prozessrechtlicher Schwierigkeiten in der Praxis kaum von Bedeutung.

II. Arten von Online-Accounts

Im Rahmen des vorliegenden Beitrags werden die folgenden Arten von Online-Accounts untersucht: E-Mail-Accounts, Accounts für Foto- und Video-Plattformen, Accounts für Cloud-Speicher sowie Social-Media-Accounts.

¹ Bundesamt für Statistik, Tabelle Internetnutzung, veröffentlicht am 6. Juni 2019 (perma.cc/WJY2-W8HV).

1. Vorbemerkungen

Nicht behandelt werden Fragen im Zusammenhang mit der Distributed Ledger Technologie (Blockchain) und virtuellen Währungen. Ausführungen zu diesen Themen wären bald überholt, da der Bundesrat im November 2019 die Botschaft und den Entwurf für ein Bundesgesetz zur Anpassung des Bundesrechts an Entwicklungen der Technik verteilter elektronischer Register verabschiedet hat.²

Hat die ErblasserIn über ihre privaten Geräte und Online-Konten auch geschäftliche Kommunikation abgewickelt oder geschäftliche Daten gespeichert, kommen hinsichtlich des Zugangs, Herausgabe und Löschung dieser Kommunikation arbeitsrechtliche Bestimmungen zur Anwendung (Art. 338 Abs. 1 i.V.m. Art. 339a OR).³ Es gilt zu bemerken, dass sowohl die Herausgabe- und Rückgabepflicht als auch die Geheimhaltungs- und die Informationspflicht auf die RechtsnachfolgerInnen der verstorbenen ArbeitnehmerIn übergehen.⁴

Nachstehend wird davon ausgegangen, dass die verstorbene Person ihren Online-Account nicht für geschäftliche Zwecke verwendet hat. Zudem beziehen sich die Ausführungen auf Online-Konten, die von einer einzelnen natürlichen Person und nur von dieser verwendet wurden. Solche Daten stammen immer von dieser Person oder sind an diese Person gerichtet. Es handelt sich dementsprechend um Personendaten im Sinne von Art. 3 lit. a DSGVO bzw. Art. 4 lit. a E-DSG.⁵

2. E-Mail-Accounts

E-Mails werden immer zunächst auf einem Server abgespeichert. Wenn die Account-InhaberInnen eine lokale E-Mail-Software benutzen (z.B. Outlook, Apple Mail oder Thunderbird), werden die E-Mails beim Abrufen auf den Datenträger des Computers, Tablets oder Smartphones kopiert. Je nach Einstellung werden die E-Mails auf dem Server belassen oder gelöscht. Wenn die E-Mail auf dem Server gelöscht wird, ist sie nur noch auf dem lokalen Datenträger vorhanden. Ein Zugriff über den Online-Account ist dann nicht mehr möglich und es stellen sich andere als die hier im Fokus stehenden Fragen. Wenn E-Mails ausschliesslich auf einem lokalen Computer abgespeichert sind, ist die Sachlage vergleichbar mit Briefen, die in physischer Form bei der EmpfängerIn

² Botschaft vom 27. November 2019 zum Bundesgesetz zur Anpassung des Bundesrechts an Entwicklungen der Technik verteilter elektronischer Register (BBl 2020 233; perma.cc/85FE-WW8B).

³ Weiterführend zu diesbezüglichen arbeitsrechtlichen Fragestellungen: WILDHABER/HÄNSENBERGER, BYOD; WILDHABER/HÄNSENBERGER, Arbeitsverhältnis.

⁴ STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 338 OR N 3 ff.

⁵ Entwurf für ein Bundesgesetz über die Totalrevision des Bundesgesetzes über den Datenschutz und die Änderung weiterer Erlasse zum Datenschutz (BBl 2017 7193; perma.cc/2UV5-334G).

liegen. Für E-Mails, die auf einem Server liegen, erweist sich demgegenüber jede Analogie mit einem Sachverhalt aus der vordigitalen Zeit als konstruiert.

E-Mail-Anbieterinnen, wie Hotmail und GMail, belassen die E-Mails unabhängig von der Verwendung einer lokalen E-Mail-Software auf dem Server. Die E-Mails werden nur dann nicht auf dem Server aufbewahrt, wenn die NutzerIn dies so konfiguriert oder Nachrichten einzeln löscht. Mit den Zugangsdaten zu einem solchen E-Mail-Account ist in diesen Fällen nicht nur das Lesen der seit dem letzten Abruf eingetroffenen E-Mails, sondern der Zugriff auf sämtliche empfangenen und gesendeten E-Mails möglich.

3. Accounts für Foto- und Video-Plattformen

Fotos und Videos können sowohl lokal auf einem Datenträger als auch auf einer Online-Plattform gespeichert sein. Dieser Beitrag fokussiert auf Zugangsdaten zu Online-Accounts und damit auf die Situation, in der Fotos oder Videos auf einer Plattform gespeichert sind, die den Zugriff auf die Inhalte in der Regel nur mit einem Account gewährt. Dazu zählen pCloud, Google Photos oder Amazon Prime Fotos. Instagram ist sowohl Foto-Plattform als auch Soziales Netzwerk.

Foto- und Videoplattformen sind von besonderem Interesse, weil Fotos und Videos typischerweise angefertigt werden, um die Aufnahmen Dritten zeigen zu können. Während Fotos früher ausschliesslich in physischer Form vorlagen und Fotoalben nach dem Tod einer Person ins Eigentum der Erben übergegangen sind, besteht bei der Aufbewahrung von Fotos auf entsprechenden Plattformen die Gefahr, dass sie nach dem Tod faktisch verloren sind. Dies kann daran liegen, dass die Erben gar nichts von einem entsprechenden Account wissen oder aber die Zugangsdaten dazu nicht kennen.

4. Accounts für Cloud-Speicher

Cloud-Speicher erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Sie werden nicht nur eingesetzt, wenn mehrere Personen von überall her auf bestimmte Dateien Zugriff haben sollen, sondern immer häufiger auch als Standard-Speicherort für Dateien. Sie haben den Vorteil, dass die Daten auch dann noch verfügbar sind, wenn ein Computer gestohlen wird oder der lokale Datenträger defekt ist. Zudem vereinfachen Cloud-Speicher die Bearbeitung eines Dokuments durch ein und dieselbe Person auf verschiedenen Geräten.

Die grössten Anbieter von Cloud-Speicher sind derzeit Dropbox, Amazon, Microsoft und Google, alle mit Sitz in den USA. Wegen des vermeintlich besseren Datenschutzes erfreuen sich aber auch Cloud-Speicher-Anbieter mit Sitz in der Schweiz wachsender Beliebtheit.

5. Social-Media-Accounts

Der Begriff «Social Media» umfasst gemäss Duden die «Gesamtheit der digitalen Technologien und Medien wie Weblogs, Wikis, soziale Netzwerke u. Ä., über die Nutzerinnen und Nutzer miteinander kommunizieren und Inhalte austauschen können».⁶ Im Folgenden sind mit dem Begriff «Social Media» die am meisten verbreiteten sozialen Netzwerke gemeint. Dies sind in der Schweiz Facebook, Instagram, Snapchat und Twitter.⁷ Wie bei den E-Mail-Adressen wird auch bei Social-Media-Accounts davon ausgegangen, dass es sich dabei um individualisierbare und persönliche, also nicht-geschäftliche Accounts handelt.

III. Rechtsgrundlagen

Daten, die mit einem Online-Account verknüpft sind, können in verschiedener Hinsicht rechtlichen Schutz geniessen. Im Zentrum stehen das Persönlichkeitsrecht des ZGB, das Datenschutzrecht und das Urheberrecht. Zunächst ist die Frage zu klären, welche Daten vererbt werden und welche nicht.

1. Erbrecht

Gemäss Art. 560 Abs. 1 ZGB erwerben die Erben die Erbschaft als Ganzes mit dem Tod der ErblasserIn, wobei gemäss Art. 560 Abs. 2 ZGB insbesondere Forderungen, Eigentum, beschränkt dingliche Rechte und der Besitz der ErblasserIn ohne weiteres auf die Erben übergehen (Universalsukzession), vorbehaltlich der gesetzlichen Ausnahmen. Dabei fallen reine Daten nicht unter die Bestimmung von Art. 560 ZGB.⁸ Das liegt insbesondere daran, dass Daten nach heute vorherrschender Auffassung nicht als Sachen zu qualifizieren sind. Somit kann weder Besitz noch Eigentum im Sinne des Sachenrechts an Daten begründet werden.⁹ Daran wird sich voraussichtlich mittelfristig auch nichts ändern.¹⁰

Ungeachtet dessen ist es einer NutzerIn unbenommen, zu Lebzeiten über die Zugangsdaten zu ihren Online-Accounts zu verfügen. Inwieweit eine solche Verfügung den Anforderungen an eine Verfügung von Todes wegen (Art. 498 ff. ZGB) genügen muss, ist davon abhängig, ob die Zugangsdaten bzw. dazugehörige Online-Accounts

6 Eintrag «Social Media» auf www.duden.de (perma.cc/5S3D-ZPF2).

7 Statista, Führende Social-Media-Kanäle in der Schweiz nach Anzahl der aktiven Nutzer im Jahr 2018 (perma.cc/UZ36-XR6P).

8 Wohl a.M. KÜNZLE, S. 39 f., der vom «digitalen Nachlass» spricht und damit wohl Daten miteinschliesst.

9 HÜRLIMANN/ZECH, Rz. 8; HESS-ODONI, Rz. 16; FRÖHLICH-BLEULER, Rz. 13; THOUVENIN/FRÜH/LOMBARD, S. 26; WEBER/THOUVENIN, S. 49.

10 Bericht der Expertengruppe zur Zukunft der Datenbearbeitung und Datensicherheit vom 17. August 2018 (perma.cc/7YJL-TSS3), S. 115.

zum Vermögen der ErblasserIn zu zählen sind (Art. 481 Abs. 1 OR). Online-Accounts liegen in der Regel ein Nutzungsvertrag mit der Onlinedienst-Anbieterin zugrunde, der als schuldrechtliches Verhältnis ausgestaltet ist.¹¹ Darüber hinaus beinhalten Online-Accounts oftmals urheberrechtlich geschützte Inhalte.¹² Somit kann eine Verfügung über die Zugangsdaten vermögensrechtliche Auswirkungen nach dem Tod der NutzerIn bewirken, weshalb die Formvorschriften von Art. 498 ZGB einzuhalten sind.¹³

Ebensowenig wie Daten gehen im Rahmen der Universalsukzession höchstpersönliche Rechte der ErblasserIn auf die Erben über.¹⁴ Das ist dort von Bedeutung, wo z.B. ein E-Mail-Account oder ein Social-Media-Account Informationen zur ErblasserIn von höchstpersönlicher Natur enthält.

Gleichzeitig ist das Erbrecht vom Gesamthandsprinzip gemäss Art. 602 Abs. 2 ZGB geprägt. Demnach haben die Erben im Nachlass einer ErblasserIn grundsätzlich als Gesamthandschaft gemeinschaftlich vorzugehen. Vorbehalten sind einzig vertragliche oder gesetzliche Vertretungs- und Verwaltungsbefugnisse.¹⁵ Deshalb ist innerhalb der Erben-gemeinschaft grundsätzlich Einstimmigkeit notwendig, wenn sie über die Verwendung eines Online-Accounts der ErblasserIn bestimmen möchte. Das Einstimmigkeitsprinzip gilt ebenso bei der Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber Onlinediensten, zumindest auf der Aktivseite.¹⁶ Demgegenüber ist bei der Durchsetzung des Informationsanspruch im Rahmen der Nachlassfeststellung keine Einstimmigkeit notwendig, da dieser Anspruch jeder ErblIn einzeln zusteht.¹⁷

2. Vertragsrecht

Anbieterinnen und NutzerInnen von Onlinediensten gehen zusammen einen Vertrag ein, mit gegenseitigen Rechten und Pflichten.¹⁸ Dieser schuldrechtliche Innominatkontrakt wird häufig als «Nutzungsvereinbarung» bezeichnet und umfasst in der Regel auch Bestimmungen zu Datenschutz, Immaterialgüterrechten, Gewährleistungs- und Haftungsbeschränkungen sowie zum Gerichtsstand.¹⁹ Der Inhalt der Nutzungsvereinbarung kann zwischen den Parteien im Rahmen der Vertragsfreiheit und innerhalb der gesetzlichen Schranken grundsätzlich frei vereinbart werden. Stehen sich in Verträgen

11 Siehe auch Kap. III.2. Vertragsrecht.

12 Kap. III.5. Urheberrecht.

13 Ähnlich KÜNZLE, S. 40.

14 CHK Erbrecht-Göksu, Art. 560 ZGB N 9. Vgl. auch BGE 133 III 664 (perma.cc/6T64-RNGH) E. 2.5; BGE 135 III 597 (perma.cc/LG7S-Y27D) E. 3.1.

15 BSK ZGB II-SCHAUFELBERGER/KELLER LÜSCHER, Art. 602 N 9 ff.

16 BSK ZGB II-SCHAUFELBERGER/KELLER LÜSCHER, Art. 602 N 26 ff.

17 Göksu, S. 959.

18 Weiterführend: WEBER/HENSELER.

19 Weiterführend zu Nutzungsvereinbarungen am Beispiel von Social Media: STAFFELBACH, S. 18 ff.

betriebliche Anbieterinnen und private AbnehmerInnen gegenüber, liegt ein Konsumentenvertrag vor.²⁰ Diese Qualifikation schränkt die Vertragsfreiheit der beteiligten Parteien ein. So können sie z.B. den Gerichtsstand nicht frei wählen (Art. 32 Abs. 1 ZPO) und allgemeine Geschäftsbedingungen sind nur im Rahmen von Art. 8 UWG zulässig.

3. Persönlichkeitsrecht

Bei vielen Daten, die in Online-Accounts abgespeichert sind, handelt es sich um persönliche Daten. Dies gilt insbesondere für E-Mails, Fotos und Videos sowie für Social-Media-Posts, zudem häufig auch für Dokumente, die in einem Cloud-Speicher abgelegt sind. Die Veröffentlichung von persönlichen Fotos oder Videos, privaten Nachrichten aus Chatverläufen, privaten Sprachnachrichten und E-Mails ohne Zustimmung der (noch lebenden) betroffenen Person dürfte regelmässig eine Persönlichkeitsverletzung im Sinne von Art. 28 ZGB darstellen. Dies gilt auch für den unbefugten Zugang zu solchen Daten, die z.B. auf fehlende Sicherheitsmassnahmen einer Anbieterin (z.B. Cloud-Dienst oder E-Mail-Provider) zurückzuführen sind. Da die Persönlichkeit gemäss Art. 31 Abs. 1 ZGB mit dem Tod endet, geht mit dem Tod grundsätzlich auch der Persönlichkeitsschutz unter.²¹ Das schweizerische Recht kennt mit anderen Worten keinen postmortalen Persönlichkeitsschutz²². Angehörige können nur dann gegen entsprechende Handlungen eines Dritten vorgehen, wenn sie in ihrem eigenen Persönlichkeitsrecht verletzt sind²³.

4. Datenschutzrecht

Das noch geltende²⁴ und auch das künftige²⁵ Datenschutzgesetz definieren alle Angaben, die sich auf eine bestimmte oder bestimmbare Person beziehen, als Personen-daten. Darunter fallen alle E-Mails, die in einem privaten E-Mail-Account abgespeichert sind, wie auch Fotos und Videos, auf denen bestimmbare Personen zu sehen sind ebenso wie Social-Media-Posts.

Das noch geltende Datenschutzgesetz äussert sich nicht zu Daten von verstorbenen Personen. Eine auf den ersten Blick zentrale Bestimmung zur vorliegend untersuchten Frage findet sich jedoch in Art. 1 Abs. 7 der Verordnung zum Datenschutzgesetz

20 Weiterführend: BRUNNER.

21 BREITSCHMID/KAMP, S. 22; RIEMER, S. 28 f.

22 BGE 129 I 302 (perma.cc/9YLG-2WWWB); siehe auch Urteil des EGMR 58757/00 vom 13. Juli 2006 (Jäggi gegen Schweiz; perma.cc/WP37-PLRF), wonach auch die EMRK keine postmortalen Persönlichkeitsansprüche kennt; HAUSHEER/AEBI-MÜLLER, N 10.27.

23 BGE 101 II 177 (perma.cc/J635-WG8K) E. 5; BGE 109 II 353 (perma.cc/2ZDV-PU6W) E. 4a. Zur Frage, wer unter die Angehörigen fällt: BREITSCHMID/KAMP, S. 22; RIEMER, S. 23 f.; EITEL, S. 191 ff.

24 Art. 3 lit. a DSG.

25 Art. 4 lit. a E-DSG.

(VDSG). Dieser lautet wie folgt: «Wird Auskunft über Daten von verstorbenen Personen verlangt, so ist sie zu erteilen, wenn der Gesuchsteller ein Interesse an der Auskunft nachweist und keine überwiegenden Interessen von Angehörigen der verstorbenen Person oder von Dritten entgegenstehen. Nahe Verwandtschaft sowie Ehe mit der verstorbenen Person begründen ein Interesse.» Diese Verordnungsbestimmung ist allerdings gesetzeswidrig und deshalb nicht anwendbar.²⁶

Im Rahmen der laufenden DSGVO-Revision hat der Bundesrat im Entwurf für ein neues Datenschutzgesetz²⁷ einen Artikel zu Daten von verstorbenen Personen aufgenommen. Nach Art. 16 Abs. 2 E-DSG müsste der oder die Verantwortliche kostenlos Einsicht in die Daten einer verstorbenen Person gewähren, wenn:

- a. ein schutzwürdiges Interesse an der Einsicht vorliegt oder die Person, die Einsicht verlangt, mit der verstorbenen Person in gerader Linie verwandt ist, mit ihr bis zum Zeitpunkt des Todes verheiratet war, in eingetragener Partnerschaft lebte oder eine faktische Lebensgemeinschaft führte oder wenn sie ihr Willensvollstrecker ist;
- b. der Einsicht weder eine ausdrückliche Erklärung noch ein besonderes Schutzbedürfnis der verstorbenen Person entgegenstehen; und
- c. keine überwiegenden Interessen des Verantwortlichen oder von Dritten der Einsicht entgegenstehen.

In einem weiteren Absatz des Entwurfs hätte geregelt werden sollen, wie bei einer Verweigerung der Einsicht unter Hinweis auf ein Amts- oder Berufsgeheimnis vorzugehen wäre. Im dritten Absatz war vorgesehen, dass Erben oder die WillensvollstreckerIn hätten verlangen können, dass der oder die Verantwortliche Personendaten der ErblasserIn löscht oder vernichtet, wobei auch Ausnahmen von dieser Regel vorgesehen waren.

Der Nationalrat hat diesen Artikel in der Herbstsession 2019 gestrichen²⁸ und der Ständerat hat der Streichung im Dezember 2019 zugestimmt.²⁹ Somit ist nicht davon auszugehen, dass diese Entwurfsbestimmung Teil des künftigen DSGVO wird. Sofern das Datenschutzgesetz in der Märzsession fertig beraten und verabschiedet wird, läuft die

26 Urteil des Obergerichts des Kantons Zürich NP160017-O/U vom 16. November 2016 (perma.cc/53CJ-7GTC), E. IV.2. (S. 26); Urteil des Kindes- und Erwachsenenschutzgerichts des Kantons Bern KES 17 264 vom 13. September 2017 (perma.cc/SBF6-YSNP), E. IV Rz. 20 (S. 11); offen gelassen im Urteil des Verwaltungsgerichts des Kantons Thurgau VG.2015.126/E vom 18. November 2015 (perma.cc/K662-52SD), E. 4; BSK DSGVO-MAUERER-LAMBROU, Art. 2 N 6; MEIER, N 344; BSK DSGVO-NIGGLI/MAEDER, Art. 34 N 29.

27 Entwurf für ein Bundesgesetz über die Totalrevision des Bundesgesetzes über den Datenschutz und die Änderung weiterer Erlasse zum Datenschutz (BBl 2017 7193; perma.cc/2UV5-334G), S. 7213.

28 AB 2019 N 1809 (perma.cc/7FEB-Q3V4).

29 AB 2019 S 1242 (perma.cc/EJC6-MRTX).

Referendumsfrist bis Anfang Juli 2020 (Art. 141 BV). Mit einem Inkrafttreten des revidierten Gesetzes ist somit frühestens in der zweiten Hälfte 2020 zu rechnen.

Zusammenfassend räumt das Datenschutzrecht in der Schweiz den Angehörigen bzw. ErbInnen hinsichtlich der Daten von Verstorbenen keinen Auskunftsanspruch gegenüber Online-Diensten ein.

5. Urheberrecht

Im Unterschied zum Persönlichkeits- und zum Datenschutzrecht ist das Urheberrecht gemäss Art. 16 Abs. 1 URG vererblich.³⁰

Nach noch geltendem Urheberrecht sind sowohl Texte als auch Fotos und Videos nur dann urheberrechtlich geschützt, wenn sie die dazu erforderliche Schöpfungshöhe erreichen. In den Worten des Gesetzes: «Werke sind, unabhängig von ihrem Wert oder Zweck, geistige Schöpfungen der Literatur und Kunst, die individuellen Charakter haben.» Während ganz kurze oder gar stichwortartige E-Mails nicht immer die erforderliche Schöpfungshöhe erreichen, dürfte diese bei längeren E-Mail-Texten häufig erreicht werden.³¹ Ebenso können Social-Media-Posts je nach Länge und Originalität die Schöpfungshöhe erreichen.

Demgegenüber geniessen viele Fotografien, darunter die zahlreichen mit dem Mobiltelefon aufgenommenen Schnappschüsse, nach geltendem Recht keinen urheberrechtlichen Schutz. Das Parlament ist bei der Revision des Urheberrechts dem Bundesrat gefolgt und hat beschlossen, dass in Zukunft sämtliche Fotografien unabhängig vom Erreichen der Schöpfungshöhe als Werke gelten und dementsprechend urheberrechtlich geschützt sind.³² Dies hat zur Folge, dass die Rechte an den zukünftig ausnahmslos geschützten Fotos und Videos im Todesfall vererbt werden (Art. 16 Abs. 1 URG).

Schliesslich können auch Dokumente, die in einem Cloud-Speicher liegen, urheberrechtlich geschützt sein. Bei längeren Textdokumenten wird die Schöpfungshöhe in der Regel erreicht, ebenso bei Musik, Graphiken, Zeichnungen, Plänen und den weiteren in Art. 2 Abs. 2 URG aufgelisteten Werkkategorien.

³⁰ Weiterführend: BREITSCHMID/KAMP, S. 22; RIEMER, S. 26.

³¹ A.M. WEBER/CHROBAK, Rz. 20, wonach die Mehrheit online gespeicherter Daten, wie etwa alltägliche E-Mails, regelmässig vom Schutzbereich des Urheberrechts und anderer Rechte ausgenommen sein sollen.

³² Art. 2 Abs. 3^{bis} der Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (BBl 2019 6585; perma.cc/LW9B-RWVZ): «Fotografische Wiedergaben und mit einem der Fotografie ähnlichen Verfahren hergestellte Wiedergaben dreidimensionaler Objekte gelten als Werke, auch wenn sie keinen individuellen Charakter haben».

Zusammengefasst beinhalten Online-Accounts (künftig) oftmals eine Vielzahl von urheberrechtlich geschützten Werken, welche im Sinne von Art. 16 Abs. 1 URG an die ErbInnen übergehen.

6. Fernmelderecht

Das Fernmeldegeheimnis ist sowohl in der Verfassung, als auch im Fernmeldegesetz und im Strafgesetzbuch verankert. Art. 13 Abs. 1 BV hält unter dem Titel «Schutz der Privatsphäre» fest, dass jede Person Anspruch auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung sowie ihres Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs hat. Analoge Bestimmungen finden sich auch in der EMRK und im UNO-Pakt II.³³

Das Fernmeldegesetz hält in Art. 43 fest: «Wer mit fernmeldedienstlichen Aufgaben betraut ist oder betraut war, darf Dritten keine Angaben über den Fernmeldeverkehr von TeilnehmerInnen und Teilnehmern machen und niemandem Gelegenheit geben, solche Angaben weiterzugeben.» Unter das Fernmeldegeheimnis fallen auch E-Mails und andere elektronische Kommunikationsinhalte.³⁴

7. Strafrecht

Das Strafgesetzbuch enthält Bestimmungen zur Strafbarkeit der Verletzung des Schriftgeheimnisses (Art. 179 StGB) und zur Verletzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses (Art. 321^{ter} StGB). Zudem ist auch das unbefugte Eindringen in ein Datenverarbeitungssystem strafbar (Art. 143^{bis} StGB).

Als unbefugtes Eindringen in ein Datenverarbeitungssystem gilt auch das Eindringen in ein fremdes E-Mail-Konto einer noch lebenden Person.³⁵ Weil die Erben mit dem Tod der NutzerIn in die Geheimnisherrschaft eintreten, machen sie sich bei der Nutzung von Zugangsdaten für Online-Accounts der verstorbenen Person nach Art. 143^{bis} StGB nicht strafbar.

Für die Verletzung des Schriftgeheimnisses wird nach Art. 179 StGB bestraft, wer ohne dazu berechtigt zu sein eine verschlossene Schrift oder Sendung öffnet, um von ihrem Inhalt Kenntnis zu nehmen. Ebenfalls strafbar sind die Verbreitung und das Ausnutzen von Tatsachen, deren Kenntnis durch das Öffnen einer entsprechenden Schrift oder Sendung erlangt wurde. Die strafrechtliche Literatur vertritt mehrheitlich die Auffassung,

³³ Art. 8 EMRK und Art. 17 UNO-Pakt II.

³⁴ AMGWERT/SCHLAURI, Rz. 6.198.

³⁵ BGE 145 IV 185 (perma.cc/VJ3M-FKPG) E. 2.2.2.

dass zumindest unverschlüsselte E-Mails von Art. 179 StGB nicht erfasst sind.³⁶ Das Bundesgericht hat die Frage in einem Urteil aus dem Jahr 2014 offen gelassen.³⁷

Daneben hält Art. 321^{ter} StGB fest: «Wer als Beamter, Angestellter oder Hilfsperson einer Organisation, die Post- oder Fernmeldedienste erbringt, einem Dritten Angaben über den Post-, Zahlungs- oder den Fernmeldeverkehr der Kundschaft macht, eine verschlossene Sendung öffnet oder ihrem Inhalt nachforscht, oder einem Dritten Gelegenheit gibt, eine solche Handlung zu begehen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.» Diese Strafbestimmung umfasst auch den E-Mail-Verkehr.³⁸ Art. 321^{ter} StGB ist ein Sonderdelikt, d.h. strafbar sind nur MitarbeiterInnen von Post- und weiterer Fernmeldedienst-AnbieterInnen.³⁹ Die Kommentare zu Art. 321^{ter} StGB äussern sich nicht zur Frage, ob das Fernmeldegeheimnis nach dem Tod der KundIn weiterbesteht. Die Frage ist jedoch mit Blick auf die Strafbarkeit der Verletzung des Berufsgeheimnisses z.B. von AnwältInnen, die auch nach dem Tod der MandantInnen weiterbesteht⁴⁰, zu bejahen. In diese Richtung deutet auch die Botschaft zum total-revidierten Datenschutzgesetz, die festhält: «Strafrechtlich ist die Persönlichkeit über den Tod hinaus geschützt, so u. a. wenn es um den strafrechtlichen Geheimnisschutz geht».⁴¹ Hinzu kommt, dass das Fernmeldegeheimnis nicht nur dem Schutz einer, sondern beider bzw. aller von einem Kommunikationsvorgang via Fernmeldedienst beteiligten Personen dient.

8. Internationales Privatrecht

Viele grosse Onlinedienst-AnbieterInnen haben ihren Sitz im Ausland und keine Vertretung in der Schweiz.⁴² Liegt bei der Durchsetzung von Ansprüchen ein internationaler Sachverhalt⁴³ vor, richtet sich die Frage des anwendbaren Rechts und des Gerichtsstandes zunächst nach einem allfällig anwendbaren Staatsvertrag⁴⁴ (Art. 1 Abs. 2 IPRG).

36 STRATENWERTH/WOHLERS, Art. 179 StGB N 2; OFK StGB-DONATSCH, Art. 179 N 2; PK StGB-TRECHSEL/LIEBER, Art. 179 N 5; BSK StGB-RAMEL/VOGELSANG, Art. 179 N 29.

37 Urteil des Bundesgerichts 6B_615/2014 vom 2. Dezember 2014 (perma.cc/3XT7-4MNY), E. 5.3.

38 BGE 126 I 50 (perma.cc/N92L-8CYX) E. 6a; PK StGB-TRECHSEL/LIEBER, Art. 321^{ter} N 2.

39 BSK StGB-Oberholzer, Art. 321^{ter} N 3; OFK StGB-ISENRING, Art. 321^{ter} StGB N 3; PK StGB-TRECHSEL/LIEBER, Art. 321^{ter} N 3; STRATENWERTH/WOHLERS, Art. 321^{ter} N 2.

40 BSK StGB-OBERHOLZER, Art. 321 N 18.

41 Botschaft vom 15. September 2017 zum Bundesgesetz über die Totalrevision des Bundesgesetzes über den Datenschutz und die Änderung weiterer Erlasse zum Datenschutz (BBl 2017 6941; perma.cc/5PNF-55DQ), S. 7044.

42 Siehe zu dieser Problematik, die Motion 18.3306 (NR) vom 15. März 2019 betreffend «Rechtsdurchsetzung im Internet stärken durch ein obligatorisches Zustellungsdomizil für grosse kommerzielle Internetplattformen» (perma.cc/54YK-ZBYL) sowie die Motion 18.3379 (SR) «Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf Daten im Ausland» (perma.cc/H58K-A3A6).

43 Zur Frage der Internationalität: BSK IPRG-SCHNYDER/GROLIMUND, Art. 1 IPRG N 2.

44 Vgl. Datenbank der Staatsverträge der Schweiz (perma.cc/K8Y6-GPZ8).

Diesbezüglich unterstehen Klagen gegen Anbieterinnen aus dem EU-Raum dem LugÜ.⁴⁵ Gleichzeitig ist hier die europäische Rechtsprechung zu beachten. So hat sich der EuGH z.B. bei Verletzungen von Persönlichkeitsrechten im Internet für einen Gerichtsstand sowohl am Interessenmittelpunkt des Betroffenen (Haupterfolgsort) als auch am Ort der Abrufbarkeit des fraglichen Inhalts (übriger Erfolgsort) ausgesprochen.⁴⁶ Ausserhalb von Staatsverträgen kommen in der Schweiz die Bestimmungen des IPRG zur Anwendung. Dieses erklärt z.B., dass im Rahmen von Konsumentenverträgen eine Rechtswahl ausgeschlossen ist (Art. 120 Abs. 2 IPRG) und der Gerichtsstand am Wohnsitz der KonsumentIn unabänderlich ist (Art. 114 Abs. 2 IPRG).⁴⁷ Allerdings wendet jeder Staat seine eigenen nationalen IPR-Bestimmungen an. Somit sind Gerichtsstand, anwendbares Recht sowie Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen im Inland von den im Sitzstaat der Onlinedienst-Anbieterin geltenden Normen abhängig.

Zusammengefasst ist die Rechtsdurchsetzung gegenüber Onlinedienst-Anbieterinnen im internationalen Kontext deutlich erschwert. Sie ist geprägt von hohen Kostenrisiken bei oftmals geringen Streitwerten, Rechtsunsicherheit und unter Umständen langwierigen Verfahren im Ausland.

IV. Nutzung von Zugangsdaten nach Todesfall

Nachfolgend wird untersucht, ob Zugangsdaten einer verstorbenen Person genutzt werden dürfen, wenn Angehörige nach dem Tod auf diese stossen. Denkbar ist zum Beispiel, dass die verstorbene Person ihre Zugangsdaten auf einem Notizzettel niedergeschrieben oder im Browser eines Computers, zu dem auch andere Personen Zugang haben, abgespeichert hat. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Situation, in der sich die verstorbene Person nicht dazu geäußert hat, ob Hinterbliebene ihre Zugangsdaten nutzen dürfen oder nicht. Wenn die verstorbene Person entsprechende Ermächtigungen erteilt hat, ist der Zugriff auf die entsprechenden Daten technisch und rechtlich unproblematisch.

Über die Verwendung (z.B. Beibehaltung, Änderung oder Löschung) von Online-Konten der ErblasserIn hat die Erbengemeinschaft zu entscheiden, sofern die ErblasserIn diesbezüglich keine Vorkehrungen getroffen hat. Dabei ist die Erbengemeinschaft grundsätzlich an das erbrechtliche Einstimmigkeitsprinzip gebunden.⁴⁸ Keiner Einstimmigkeit

45 Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Lugano-Übereinkommen, LugÜ), SR 0.275.12. Das LugÜ wurde ratifiziert von Dänemark, der Europäischen Union, Island, Norwegen und der Schweiz. Nicht Partei des LugÜ ist das Fürstentum Liechtenstein.

46 Urteil des EuGH C-509/09 und C-161/10 vom 25. Oktober 2011 (perma.cc/SVM2-ERFL); weiterführend inkl. kritischer Würdigung: KERNEN, S. 306 ff.

47 STAFFELBACH, S. 25.

48 Kap. III.1. Erbrecht.

bedarf der reine Zugriff auf das Konto, sofern Zugangsinformationen vorhanden sind. Das ist damit zu begründen, dass jede ErbIn ein Recht hat, sich ein Bild des Nachlasses zu machen.⁴⁹ Ob aber ein Zugriff nicht nur aus erbrechtlicher Perspektive rechtmässig erfolgen kann, richtet sich nach der Art von Online-Accounts, wie nachfolgend aufgezeigt wird.

Teilweise untersagen die allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) von Onlinediensten das Übertragen des Accounts bzw. das Weitergeben der Zugangsinformationen.⁵⁰ Allerdings kann damit nur das Übertragen (z.B. Schenken oder Verkaufen) und das Weitergeben unter Lebenden gemeint sein. Im Todesfall findet keine Übertragung statt, sondern ein Übergang des Vertragsverhältnisses kraft Universalsukzession.⁵¹ Demzufolge stellen solche vertraglichen Bestimmungen kein Hindernis für den Zugang der ErbInnen zum Account dar.

1. E-Mail

Bei E-Mails, die über eine persönliche E-Mail-Adresse verschickt oder empfangen werden, handelt es sich immer um Personendaten, sodass sie vom Datenschutzgesetz erfasst sind.⁵² Zusätzlich können die Inhalte von E-Mails auch urheberrechtlich⁵³ und persönlichkeitsrechtlich⁵⁴ geschützt sein. E-Mails unterstehen sodann dem Fernmeldegeheimnis⁵⁵, dessen Verletzung auch strafrechtlich verfolgt werden kann.

Aus dem Bündel von Rechten, die an einer E-Mail bestehen können, ist nur das Urheberrecht vererblich. Selbst wenn der Inhalt einer E-Mail die Schwelle der Schöpfungshöhe erreicht und somit urheberrechtlicher Schutz greift, steht damit noch nicht fest, dass ein Anspruch auf Zugang zu dieser E-Mail besteht. Denn auch bei einer urheberrechtlich geschützten E-Mail greifen noch immer der Persönlichkeits- und der Datenschutz sowie das Fernmeldegeheimnis.

Wenn Angehörige einer verstorbenen Person auf Zugangsdaten zu einem E-Mail-Account stossen und diese verwenden, kann dieses Verhalten nicht den MitarbeiterInnen des E-Mail-Providers zugerechnet werden. Diese machen sich gemäss Art. 321^{ter} StGB zwar auch dann strafbar, wenn sie Dritten die Gelegenheit geben, E-Mails ihrer Kundschaft einzusehen. Damit der Straftatbestand erfüllt ist, ist jedoch ein Aktivwer-

49 Göksu, S. 959.

50 Exemplarisch die allgemeinen Geschäftsbedingungen von Facebook (perma.cc/D5HR-RK39), Ziff. 3.1.

51 Kap. III.1. Erbrecht.

52 Kap. III.4. Datenschutzrecht.

53 Kap. III.5. Urheberrecht.

54 Kap. III.3. Persönlichkeitsrecht.

55 Kap. III.6. Fernmelderecht.

den gefordert. Das reine Dulden des E-Mail-Abrufs durch Dritte kann keine Strafbarkeit begründen. Ansonsten müssten E-Mail-AnbieterInnen sich stets vergewissern, dass es sich bei der E-Mail abrufenden Person um die InhaberIn der E-Mail-Adresse handelt.

Das Abrufen und Lesen von E-Mails durch die ErbInnen einer verstorbenen Person ist somit nicht strafbar. Mit dieser Handlung werden auch das Datenschutz- und das Persönlichkeitsrecht der Verstorbenen nicht verletzt, da diese Rechte mit dem Tod enden.

Allerdings ist zu beachten, dass Datenschutz- und Persönlichkeitsrechte von den an der Kommunikation beteiligten Personen fortbestehen. Deshalb ist es den ErbInnen untersagt, z.B. E-Mails, die besonders schützenswerte Personendaten enthalten, ohne Rechtfertigungsgrund an Dritte weiterzugeben (Art. 12 Abs. 2 lit. c DSG bzw. Art. 26 Abs. 2 lit. c E-DSG). Ebenso kann z.B. die Veröffentlichung von E-Mails die Persönlichkeitsrechte der AbsenderIn verletzen (Art. 28 ZGB).

2. Social-Media-Accounts

Social-Media-Accounts können sowohl öffentliche Inhalte als auch private Kommunikation zwischen den einzelnen NutzerInnen umfassen. Hinsichtlich der privaten Kommunikation kann auf die Ausführungen zur Nutzung von Zugangsdaten von E-Mail-Accounts verwiesen werden, wo diese als zulässig zu erachten ist.⁵⁶ Somit können auch bei Social-Media-Accounts Zugangsdaten der ErblasserIn durch die ErbInnen ohne Weiteres genutzt werden. Dazu einschränkend anzumerken ist, dass die Verwendung der Zugangsdaten, z.B. zum Absetzen von Posts im Namen der verstorbenen Person, die Persönlichkeitsrechte der Angehörigen verletzen würde und damit unzulässig wäre. Eine Ausnahme dürfte für das Absetzen eines Posts mit der Information über den Tod gelten.⁵⁷

3. Foto- und Videoplattformen

Während E-Mails systembedingt über E-Mail-Accounts verschickt und empfangen werden müssen, hat man bei digitalen Fotos und Videos stets die Wahl, ob man sie lokal oder auf einer Online-Plattform speichern will. Wer Fotos und Videos auf eine entsprechende Plattform hochlädt, möchte diese in der Regel auch Dritten zugänglich machen. Aber nicht nur das Hochladen auf eine entsprechende Plattform, sondern bereits das Aufnehmen von Fotos und Videos erfolgt in aller Regel zum Zweck der späteren Betrachtung und Präsentation (auch) gegenüber Dritten. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund des in Art. 4 Abs. 3 DSG bzw. Art. 5 Abs. 3 E-DSG stipulierten Zweckbin-

⁵⁶ Kap. IV.1. E-Mail.

⁵⁷ Als Beispiel sei auf den Account twitter.com/dieKali verwiesen.

dungsprinzips zu berücksichtigen. Wer sich fotografieren oder filmen lässt, muss damit rechnen, dass die Fotografie bzw. Filmaufnahme nicht ausschliesslich der Fotografin oder dem Filmenden zugänglich sein wird.

Wenn die Nutzung von Zugangsdaten zum E-Mail-Account einer verstorbenen Person zulässig ist, muss dies umso mehr für Zugangsdaten zu Foto- und Videoplattformen gelten: Das Persönlichkeits- und das Datenschutzrecht der verstorbenen Person gehen mit deren Tod unter, und das Fernmelderecht inklusive strafrechtlichem Schutz ist im Bereich von Foto- und Videoplattformen irrelevant.⁵⁸ Das Urheberrecht wird in naher Zukunft sämtliche Foto- und Videoaufnahmen schützen.⁵⁹ Dies ist jedoch nicht für die Frage der Zulässigkeit der Nutzung von Zugangsdaten relevant, sondern für die später behandelte Frage nach einem Anspruch auf Herausgabe der Zugangsdaten bzw. der Daten.

Zu prüfen bleibt, ob das Recht am eigenen Bild, insbesondere von Drittpersonen, zu einem anderen Ergebnis führt. Das Recht am eigenen Bild umfasst «einerseits einen Abwehranspruch gegen gezieltes, auf Identifikation und Ausforschung gerichtetes Erstellen von Fotos und Videoaufzeichnungen, andererseits ein Recht auf Selbstbestimmung des Menschen bezüglich der Veröffentlichung des eigenen Bildes».⁶⁰ Beide Teilrechte sind bei der Nutzung von Zugangsdaten einer verstorbenen Person zu Foto- und Videoplattformen nicht betroffen. Die Fotos bzw. Videos sind bereits erstellt und sie werden durch die Nutzung der Zugangsdaten nicht veröffentlicht. Das Recht am eigenen Bild führt somit nicht zu einer abweichenden Beurteilung.

4. Cloud-Speicher

Auf Cloud-Speicher können Daten aller Art abgespeichert werden, auch E-Mails, Fotos und Videos.⁶¹ Der Nutzung von Zugangsdaten zu Cloud-Speichern durch die ErbInnen stehen weder datenschutz-, persönlichkeits-, fernmelde- noch strafrechtliche Gründe entgegen. Datenschutz- und Persönlichkeitsrechte der verstorbenen Person gehen beim Tod unter.⁶² Zudem findet das Fernmeldegeheimnis (Art. 43 Fernmeldegesetz und Art. 179 StGB) keine Anwendung auf E-Mails, welche vom Server des Providers abgerufen wurden und anschliessend in eine Cloud hochgeladen werden. Schliesslich findet auch kein unbefugtes Eindringen in ein Datenverarbeitungssystem statt (Art. 143^{bis}

58 Vgl. Kap. III.3. Persönlichkeitsrecht, III.4. Datenschutzrecht und III.6. Fernmelderecht.

59 Kap. III.5. Urheberrecht.

60 BGE 138 II 346 (perma.cc/W25Q-UCNT) E. 8.2.

61 Kap. II.4. Accounts für Cloud-Speicher.

62 Kap. III.3. Persönlichkeitsrecht und III.4. Datenschutzrecht.

StGB), da die ErbInnen mit dem Tod in die Geheimnisherrschaft der ErblasserIn eintreten.⁶³

V. Anspruch auf Zugang

Bisher wurde in diesem Beitrag untersucht, ob es bei fehlender Kenntnis des Willens der verstorbenen Person zulässig ist, Zugangsdaten zu deren Online-Accounts zu verwenden. Dabei wurde vorausgesetzt, dass die Angehörigen faktischen Zugang zu diesen Zugangsdaten haben, weil sie die verstorbene Person zum Beispiel niedergeschrieben oder in ihrem Browser abgespeichert hat. Im Folgenden steht demgegenüber die Frage im Zentrum, ob ErbInnen einen Anspruch auf Zugang zu den Daten gegenüber den Onlinedienst-AnbieterInnen haben, wenn sie die Zugangsinformationen wie Benutzername und Passwort nicht kennen. Dabei ist unerheblich, ob der Zugang durch Mitteilung der ursprünglichen Zugangsdaten, durch Generieren und Mitteilen neuer Zugangsdaten seitens der Anbieterin oder durch anderweitige Zugangsgewährung erreicht wird.

In Deutschland schlug ein Urteil des Bundesgerichtshofs hohe Wellen, welches den Anspruch der ErbInnen auf Zugang zum Facebook-Konto der verstorbenen Person mit der Universalsukzession begründete. Das Gericht urteilte mit Blick auf die gesetzliche Gesamtrechtsnachfolge (§ 1922 BGB), dass der Nutzungsvertrag der ErblasserIn auf die ErbInnen übergeht. Damit bejahte es einen direkten Anspruch der ErbInnen auf Zugang zum Facebook-Konto der ErblasserIn (aus Vertrag).⁶⁴

Vertragsrechtlich muss dasselbe auch in der Schweiz gelten, d.h. die ErbInnen treten auch hier grundsätzlich mit dem Tod der ErblasserIn in den Nutzungsvertrag ein. Während das deutsche Recht einen Übergang auch höchstpersönlicher Inhalte auf die ErbInnen vorsieht⁶⁵, ist die Rechtslage in der Schweiz diesbezüglich jedoch eine andere: Positionen, die ihrer Natur nach höchstpersönlich sind, werden nach schweizerischem Erbrecht nicht vererbt.⁶⁶ Aufgrund dieser unterschiedlichen Rechtslage in der Schweiz kann das Urteil des Bundesgerichtshofs nicht unmittelbar auf die Schweiz übertragen werden. Vielmehr drängt sich eine differenzierte Betrachtung je Onlinedienst auf.

Teilweise stimmen ErblasserInnen im Rahmen einer Nutzungsvereinbarung zu, dass ihr Account bei ihrem Tod gelöscht werden soll. Löscht die Onlinedienst-Anbieterin aufgrund dessen den Account und die dazugehörigen Daten, können die ErbInnen

63 Kap. III.7. Strafrecht.

64 Urteil des BGH III ZR 183/17 vom 12. Juli 2018 (perma.cc/9ED3-3QLQ).

65 Urteil des BGH III ZR 183/17 vom 12. Juli 2018 (perma.cc/9ED3-3QLQ), Rz. 49.

66 Kap. III.1. Erbrecht.

auch keinen Zugangsanspruch mehr geltend machen. Solche Abreden, welche den Vertrag mit dem Tod der NutzerIn z.B. als beendet erklären, können Teil der allgemeinen Geschäftsbedingungen sein. Entsprechende Bestimmungen müssen dabei der allgemeinen AGB-Kontrolle standhalten. Tun sie dies nicht, kann seitens der ErbInnen ein Schadensersatzanspruch bestehen.

Wie vorstehend ausgeführt, beurteilte der deutsche Bundesgerichtshof eine Bestimmung, welche zur Folge hatte, dass die ErbInnen keinen Zugang zum Facebook-Konto der ErblasserIn erlangen konnten, als unwirksam. Den Grund dafür sah das Gericht in der erheblichen Einschränkung der vertraglichen Rechte der in den Nutzungsvertrag eingetretenen ErbInnen und schloss daraus auf eine unangemessene Benachteiligung.⁶⁷ Die Anwendung von Art. 8 UWG könnte zum selben Ergebnis führen, insbesondere dann, wenn die Online-Anbieterinnen die Daten der ErblasserIn weiterhin nutzen, da ein solches Verhalten das Fortbestehen des Vertrages manifestiert und somit ein Ausschluss der ErbInnen als Rechtsnachfolger in diesem Vertrag als missbräuchlich erscheinen lässt.

Teilweise gewähren Anbieterinnen von Onlinediensten ihren NutzerInnen in den allgemeinen Geschäftsbedingungen die Möglichkeit, Personen zu bezeichnen, welche im Todesfall Zugang zum betreffenden Konto erhalten sollen.⁶⁸ Insbesondere Clouddienst-Anbieterinnen werben in diesem Zusammenhang mit «Datenvererbung», «Datentestament» und «Kontoinaktivitäts-Manager».⁶⁹ Solche Vertragsabreden erfüllen die Formanforderungen an eine letztwillige Verfügung nicht (Art. 498 ff. ZGB).⁷⁰ Sie verdrängen den erbrechtlichen Herausgabeanspruch an den Zugangsdaten infolge Universalsukzession in das Vertragsverhältnis⁷¹ nicht. Den ErbInnen steht es somit frei, die Zugangsdaten sowohl von der Onlinedienst-Anbieterin als auch von den Personen herauszuverlangen, welche die Zugangsdaten gemäss vertraglicher Vereinbarung der ErblasserIn erhalten haben. Inwieweit ein Zugangsanspruch der ErbInnen besteht, gestaltet sich je nach Art des Onlinedienstes wie folgt:

67 Urteil des BGH III ZR 183/17 vom 12. Juli 2018 (perma.cc/9ED3-3QLQ), Rz. 30.

68 Exemplarisch: Die allgemeinen Geschäftsbedingungen von Facebook (perma.cc/3PDD-4F2R), Ziff. 4.5.5., wobei aufgrund dieser Bestimmung unklar ist, ob der Zugang auch Erben (z.B. gemäss Erbbescheinigung) gewährt wird, die der Erblasser nicht explizit als zugangsberechtigt bezeichnet hat.

69 Exemplarisch: Informationsseite von SecureSafe zum Digitalen Nachlass (perma.cc/3448-6RXU) sowie Informationsseite von Google zum Kontoinaktivitäts-Manager (perma.cc/2KKG-QTYI).

70 Kap. III.1. Erbrecht.

71 Kap. III.2. Vertragsrecht.

1. E-Mail- und Social-Media-Accounts

Sowohl E-Mails als auch Social-Media-Kommunikation sind durch das Fernmeldegeheimnis geschützt.⁷² Wenn eine E-Mail-Anbieterin oder ein Social-Media-Plattformbetreiber Zugangsdaten zu den entsprechenden Accounts herausgibt, wird damit Dritten die Gelegenheit gegeben, den Fernmeldeverkehr der Verstorbenen und ihrer KommunikationspartnerInnen einzusehen. Selbst wenn der strafrechtliche Geheimnisschutz gegenüber den ErbInnen nicht greifen sollte, weil sie durch den Erbgang in die Geheimnisherrschaft eintreten, gilt dies nicht für die weiteren am Kommunikationsvorgang Beteiligten. Die Herausgabe der Zugangsdaten oder der Kommunikationsinhalte selbst verletzt somit das Fernmeldegeheimnis und ist nach Art. 321^{ter} StGB strafbar. Dies gilt grundsätzlich auch für MitarbeiterInnen von ausländischen Providern, weil ein Verbrechen oder Vergehen gemäss Art. 8 Abs. 1 StGB (auch) als da begangen gilt, wo der Erfolg eingetreten ist. Aus diesem Grund besteht kein Anspruch der Angehörigen oder Dritter auf Zugang zu den entsprechenden Accounts. Somit können die ErbInnen auch keinen Anspruch auf Zugang aus dem Nutzungsvertrag zwischen der Onlinedienst-Anbieterin und der ErblasserIn, in welchen sie kraft Universalsukzession eingetreten sind, ableiten. Die Strafbarkeit der E-Mail- und Social-Media-Provider dürfte indessen regelmässig wegen eines entschuldbaren Rechtsirrtums wegfallen. Die Provider wissen wahrscheinlich häufig nicht, dass Art. 1 Abs. 7 VDSG gesetzeswidrig ist⁷³ und gehen davon aus, mit der Zugangsverschaffung gesetzeskonform zu handeln.

Im Unterschied zur Rechtslage in Deutschland erstreckt sich die Universalsukzession im schweizerischen Erbrecht nicht auf höchstpersönliche Positionen.⁷⁴ Der BGH hat in seinem Urteil betreffend einen Facebook-Account festgehalten, dass auch Rechtspositionen mit höchstpersönlichen Inhalten unabhängig von einem Vermögenswert auf die ErbInnen übergehen.⁷⁵ Dabei hat er sich auf eine BGB-Bestimmung betreffend persönliche Schriftstücke⁷⁶ sowie eine Bestimmung betreffend Familienpapiere und Familienbilder⁷⁷ gestützt und gefolgert, dass die Rechtsordnung das Geheimhaltungsinteresse der ErblasserIn und der KommunikationspartnerInnen dem Erbrecht unterordnet.⁷⁸ Nach schweizerischem Erbrecht gehen demgegenüber die höchstpersönlichen Rechtspositionen nicht auf die ErbInnen über, d.h. die Geheimhaltungsinteressen sind in der schweizerischen Rechtsordnung dem Erbrecht übergeordnet.

72 AMQWERD/SCHLAURI, Rz. 6.198; zum E-Mail-Verkehr: BGE 126 I 50 (perma.cc/N92L-8CYX).

73 Kap. III.4. Datenschutzrecht.

74 CHK Erbrecht-Göksu, Art. 560 ZGB N 9. Vgl. auch BGE 133 III 664 (perma.cc/6T64-RNGH) E. 2.5; BGE 135 III 597 (perma.cc/LG7S-Y27D) E. 3.1.

75 Urteil des BGH III ZR 183/17 vom 12. Juli 2018, Rz. 49.

76 § 2047 Abs. 2 BGB (perma.cc/RPF2-6C5A).

77 § 2373 Satz 2 BGB (perma.cc/AV54-EDTZ).

78 Urteil des BGH III ZR 183/17 vom 12. Juli 2018 (perma.cc/9ED3-3QLQ), Rz. 63.

Wenn Social-Media-Accounts nach dem Tod eines Menschen «weiterleben», kann dadurch der Andenkensschutz und damit das Persönlichkeitsrecht der Angehörigen verletzt werden. Die Angehörigen haben deshalb einen aus Persönlichkeitsrecht fließenden Anspruch auf Löschung der entsprechenden Accounts. Die meistverbreiteten Social-Media-Plattformen löschen die Accounts von Verstorbenen denn auch auf Anfrage der Angehörigen. Teilweise bieten sie auch an, die Accounts Verstorbener in einen sogenannten Gedenkzustand zu überführen.⁷⁹

2. Foto- und Videoplattformen

Fotos und Videos werden nach Inkrafttreten der beschlossenen Urheberrechtsrevision auch dann, wenn sie keinen individuellen Charakter haben, als Werke gelten (Art. 2 Abs. 3^{bis} revURG⁸⁰). Die Rechte an diesen Fotos und Videos gehen beim Tod der RechtshaberInnen auf ihre ErbInnen über (Art. 16 Abs. 1 URG). Wenn die ErbInnen keinen Zugang zu den Fotos und Videos haben, können sie diesen Zugang gestützt auf ihr Urheberrecht einfordern. Die Plattformbetreiberin ist als Besitzerin der entsprechenden Datenträger verpflichtet, das Werk den ErbInnen zugänglich zu machen (Art. 14 Abs. 1 URG).⁸¹

Gleichzeitig treten die ErbInnen kraft Universalsukzession in den Nutzungsvertrag zwischen Onlinedienst-Anbieterin und ErblasserIn ein. Aus diesem Vertrag besteht parallel zum Urheberrecht seitens der ErbInnen Anspruch auf Herausgabe der Zugangsinformationen.

3. Cloud-Speicher

Bei Cloud-Speichern treten die ErbInnen ebenfalls in den Nutzungsvertrag zwischen Anbieter und verstorbener Person ein. Damit einher geht auch ein Zugangsanspruch im Rahmen der vertraglichen Leistungspflicht des Onlinedienst-Anbieters. Dieser Anspruch besteht auch, wenn im Cloud-Speicher E-Mails oder anderweitig aufgezeichnete Kommunikation mit Dritten abgelegt sein sollten, da die Speicher-Anbieterin dadurch nicht zur Erbringerin eines Fernmeldedienstes wird. Eine Strafbarkeit für die Herausgabe von Zugangsdaten ist somit ausgeschlossen. Ebenso wenig stehen dem Zugangsanspruch Persönlichkeits- oder Datenschutzrechte der ErblasserIn entgegen, da diese mit dem Tod erlöschen und dementsprechend nicht vererbt werden.

79 Siehe dazu die Hilfe-Seite von Facebook zur Frage «Wie melde ich einen verstorbenen Nutzer oder ein Facebook-Konto, das in den Gedenkzustand versetzt werden muss?» ([perma.cc/NA9P-XCT5](https://www.facebook.com/help/1000000000000000)).

80 Art. 2 Abs. 3^{bis} der Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (BBl 2019 6585; [perma.cc/LW9B-RWVZ](https://www.fedex.ch/dokumente/bbl/2019/6585)).

81 REHBINDER/VIGANÒ, Art. 14 URG N 3: «so kann bspw. der Eigentümer des letzten digital gespeicherten Werkexemplars einer Fotografie verpflichtet sein, auf Verlangen des Urhebers eine Kopie zu erstellen und sie diesem per E-Mail zuzusenden, anstatt dass dieser eigens deswegen eine weite Reise unternehmen muss.»

Sofern im Cloud-Speicher urheberrechtlich geschützte Fotos und Videos gespeichert sind, kann ein Zugangsanspruch analog den vorstehenden Ausführungen⁸² zudem aus Urheberrecht begründet werden.

VI. Empfehlungen

Wie vorstehende Ausführungen zeigen, besteht bei E-Mail- und Social-Media-Accounts kein Anspruch auf Herausgabe der Zugangsinformationen.⁸³ Bei anderen Onlinediensten, bei denen ein Anspruch besteht, erscheinen die Hürden einer gerichtlichen Durchsetzung sehr hoch. Das muss insbesondere dann gelten, wenn die Onlinedienst-Anbieterin ihren Sitz im Ausland hat. Deshalb ist es dringend zu empfehlen, für den Todesfall auch im Hinblick auf Zugangsdaten zu Online-Accounts letztwillige Anordnungen zu treffen.

1. Vorfragen zu Onlinediensten und begünstigten Personen klären

In einem ersten Schritt ist durch die ErblasserIn vorgängig zu klären, inwieweit die Nutzungsvereinbarung mit der jeweiligen Onlinedienst-Anbieterin im Todesfall eine Löschung des Accounts vorsieht. Ist eine solche vorgesehen und kann diese nicht z.B. durch eine Änderung der Einstellungen abgewendet werden⁸⁴, bietet sich ein Wechsel der Anbieterin an, sofern ein Fortbestand der Zugriffsmöglichkeit auf die Daten gewünscht ist.

Anschließend ist zu überlegen, wer und gegebenenfalls zu welchen Online-Accounts nach dem Tod überhaupt Zugang bestehen soll. Vielleicht sollen die Angehörigen die Fotos und Videos herunterladen, nicht aber die E-Mails abrufen können?

2. Zugangsdaten physisch hinterlegen und technische Vorkehrungen treffen

Wenn entschieden ist, auf welche Online-Accounts die Angehörigen Zugang erhalten sollen, besteht die einfachste Möglichkeit darin, die Zugangsdaten auf Papier festzuhalten und die Angehörigen über den Aufbewahrungsort zu informieren. Eine weitere Möglichkeit ist die Nutzung von Passwortverwaltungssoftware⁸⁵, welche Zugangsinformationen zu Online-Accounts verschlüsselt speichert und nach Eingabe eines Masterpasswortes beim Anmelden beim jeweiligen Onlinedienst automatisch im Anmelde-

82 Kap. V.2. Foto- und Videoplattformen.

83 Kap. V.1. E-Mail und Social-Media-Accounts.

84 Zum Beispiel durch Versetzung des Accounts in einen «Gedenkstatus» (perma.cc/TK88-MXCN).

85 Exemplarisch: 1password.com.

fenster einfüllt. Entsprechende Dienste sind teilweise bereits in Internetbrowsern oder in Zusammenhang mit einer Antivirus-Software vorinstalliert. Damit kann sichergestellt werden, dass Änderungen von Zugangsinformationen bei einzelnen Online-Accounts nicht vergessen gehen. Auch in diesem Fall muss daran gedacht werden, die Angehörigen über die Tatsache der softwareseitigen Hinterlegung und gegebenenfalls über die betreffenden Online-Accounts sowie das Masterpasswort zu informieren. Wenn der Zugang über eine Zwei-Faktor-Authentifizierung erfolgt, ist dies beim Niederschreiben der Zugangsdaten (z.B. durch zusätzliches Festhalten des PIN-Codes der SIM-Karte) zu berücksichtigen.

3. Regelung des Zugangs und der Verwendung in letztwilliger Verfügung

Wenn eine letztwillige Verfügung errichtet wird und den Angehörigen und/oder ErbInnen der Zugriff auf die Online-Accounts gewährt werden soll, bietet es sich an, in dieser Verfügung auch den Zugang zu Online-Accounts zu regeln und die Zugangsdaten zusammen mit der Verfügung aufzubewahren. Die sicherste Variante ist die Einsetzung einer WillensvollstreckerIn, die über die Zugangsdaten verfügt und diese nach dem Tod den dafür bestimmten Personen übergeben kann. Wenn je nach Online-Account eine andere Person die Zugangsdaten erhalten soll, erscheint der Einsatz einer WillensvollstreckerIn fast unumgänglich. Unabhängig von der Einsetzung einer WillensvollstreckerIn sind zudem letztwillig Weisungen zu erteilen, was mit dem jeweiligen Online-Account geschehen soll (Löschung, Übertragung oder Weiterführung). Damit kann ein Patt infolge des Einstimmigkeitsprinzips zwischen den ErbInnen vermieden werden.⁸⁶

4. Vorsicht bei der Nutzung von externen Speichermedien

Der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte (EDÖB) empfiehlt, die Zugangsdaten auf einem passwortgeschützten USB-Stick aufzubewahren.⁸⁷ Ein Nachteil dieser Variante besteht in der Möglichkeit, dass das Passwort vergessen wird. Hinzu kommt die Abhängigkeit von bestimmter Software (für die Verschlüsselung) und Hardware (USB-Stick). Viele heute erhältliche Notebooks verfügen nur über einen USB-C- und nicht mehr über einen USB-A-Anschluss. Die (noch) am meisten verbreitete Form von USB-Sticks kann somit nicht mehr ohne zusätzliche Adapter an diese Notebooks angeschlossen werden. In absehbarer Zeit wird auch der USB-C-Anschluss überholt sein.

86 Kap. III.1. Erbrecht.

87 www.edoeb.ch → Datenschutz → Internet und Computer → Onlinedienste → Digitales Erbe (perma.cc/CDW9-LKG8).

5. Vorsicht bei der Verwendung «digitaler Vererbungsdienste»

Der EDÖB erwähnt sodann die Möglichkeit, einen «digitalen Vererbungsdienst» einzusetzen. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass die Wahl eines vertrauenswürdigen Anbieters wichtig sei. Verschiedene Unternehmen bieten an, Zugangsdaten zu Online-Accounts aufzubewahren und nach dem Tod den Angehörigen weiterzugeben. Dabei sparen sie nicht mit vielversprechenden Aussagen zur Datensicherheit. Wirft man dann einen Blick in die AGBs dieser Anbieterinnen, stellt man ernüchtert fest, dass sie ihrem eigenen Angebot offenbar nicht ganz trauen. Die Haftung wird jeweils auch betreffend Datensicherheit so weit wie möglich ausgeschlossen. Eine Anbieterin, welche die Passwörter so sicher aufbewahrt, wie sie es in der Werbung suggeriert, müsste eigentlich auch bereit sein, die Haftung für das Unmögliche (nämlich die Weitergabe der Zugangsdaten an Unberechtigte) zu übernehmen.

6. Vorkehrungen regelmässig überprüfen und sichere Hinterlegung

Unabhängig davon, welche Vorkehrungen bezüglich der Zugangsdaten zu Onlinediensten im Todesfall getroffen wurden, ist eine regelmässige Überprüfung dringend zu empfehlen. Gleichzeitig ist bei der Hinterlegung von Speichermedien oder physischen Aufzeichnungen zu Zugangsdaten darauf zu achten, dass die Zugangsinformationen vor einer missbräuchlichen Nutzung geschützt sind.

7. E-Mails und Social Media im Speziellen

Die Analyse der Rechtslage hat ergeben, dass die Gewährung des Zugangs zu E-Mail- und Social-Media-Accounts ohne oder gar entgegen dem Willen der verstorbenen Person eine Verletzung des Fernmeldegeheimnisses darstellt. Nichtsdestotrotz scheinen einige E-Mail-Anbieterinnen in der Schweiz diesen Zugang standardmässig zu gewähren.⁸⁸ Die Strafbarkeit dieser Verletzung bringt der Verstorbenen auch zu Lebzeiten wenig. Will sie verhindern, dass ihre E-Mail-Anbieterin den Angehörigen den Zugriff auf den E-Mail-Account gewährt, sollte sie die Anbieterin darauf hinweisen, dass nach ihrem Tod niemand Zugang zum E-Mail-Account erhalten soll, eine Bestätigung bezüglich ihrer Instruktion verlangen und diese bestenfalls den ErbInnen in geeigneter Form zur Kenntnis bringen. Eine andere Möglichkeit besteht darin, zu einer Anbieterin zu wechseln, die das Fernmeldegeheimnis respektiert.

⁸⁸ Gemäss KÜNZLE, S. 44, genügt bei Cablecom, Sunrise, Orange (heute: Salt) und GMX für die Gewährung des Zugangs zum E-Mail-Account einer verstorbenen Person die Vorlage des Todesscheins durch die ErbInnen. Cablecom und Sunrise werden auch beim Beobachter genannt (perma.cc/XGV5-XZ5E). Gemäss EDÖB, Digitales Erbe (perma.cc/CDW9-LKG8) gewähren sogar die meisten E-Mail-Anbieter nach Vorlegen des Todes- und Erbscheins Zugriff aufs Konto.

VII. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Nutzung von Zugangsdaten für Online-Accounts durch Angehörige immer dann unproblematisch ist, wenn diesen die Zugangsdaten bekannt sind. Die einzigen Rechte, die verletzt werden können, sind das Persönlichkeits- und das Datenschutzrecht von Dritten. Diese erfahren jedoch nur dann vom (möglicherweise rechtswidrigen) Zugriff auf die Daten, wenn sie von den Zugreifenden selbst darüber informiert werden.

Ganz anders sieht es jedoch aus, wenn die Zugangsdaten den Angehörigen nicht bekannt sind. In gewissen Fällen, namentlich bei Accounts für Foto- und Videoplattformen sowie ggf. für Cloud-Speicher, haben diese theoretisch einen aus dem vererblichen Urheberrecht fließenden Anspruch auf Zugang zu den Daten. Die Durchsetzung dieses Anspruchs ist jedoch kostspielig und in internationalen Verhältnissen von zusätzlichen Unwägbarkeiten geprägt.

Somit ist unabhängig von der Art des Online-Accounts zu empfehlen, dass die Zugangsdaten zu jenen Online-Accounts, auf die Angehörige nach dem Tod zugreifen können sollen, niedergeschrieben werden. Es bietet sich an, das Dokument mit den Zugangsdaten am gleichen Ort wie eine ggf. vorhandene letztwillige Verfügung aufzubewahren. Wer sicherstellen will, dass nach dem Tod die richtigen Personen Zugang zu den jeweiligen Online-Accounts erhalten, sollte eine WillensvollstreckerIn einsetzen und diese schlüssig instruieren.

Literatur

BREITSCHMID PETER/JUNGO ALEXANDRA (Hrsg.), Handkommentar zum Schweizer Privatrecht, Personen- und Familienrecht (Art. 1-456 ZGB) sowie Partnerschaftsgesetz (PartG), 3. Aufl., Zürich 2016 (zit. CHK Erbrecht-Bearbeiter/in)

BREITSCHMID PETER/KAMP ANNASOFIA, Persönlichkeitsschutz Verstorbener – Urheberpersönlichkeitsschutz im Besonderen, *successio* 2011, S. 19 ff.

BRUNNER ALEXANDER, Der Konsumentenvertrag im schweizerischen Recht, AJP 1992, S. 591 ff.

DONATSCH ANDREAS (Hrsg.), StGB/JStG Kommentar, 20. Auflage, Zürich 2018 (zit. OFK StGB-Bearbeiter/in)

EITEL PAUL, Nos «proches» im Erbrecht und im Erbschaftssteuerrecht – Notizen zu aktuellen Entwicklungen, in: FS Tercier, Zürich 2008, S. 191 ff.

FRÖHLICH-BLEULER GIANNI, Eigentum an Daten?, Jusletter vom 6. März 2017

GEISER THOMAS/WOLF STEPHAN, Basler Kommentar Zivilgesetzbuch II, Art. 457-977 ZGB und Art. 1-61 SchIT ZGB, 6. Auflage, Basel 2019 (zit. BSK ZGB II-Bearbeiter/in)

GÖKSU TARKAN, Informationsrechte der Erben, AJP 2012, S. 953 ff.

HAUSHEER HEINZ/AEBI-MÜLLER REGINA, Das Personenrecht des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, 4. Aufl., Bern 2016

HESS-ODONI URS, Die Herrschaftsrechte an Daten, Jusletter vom 17. Mai 2004

HONSELL HEINRICH/VOGT NEDIM PETER/SCHNYDER ANTON/BERTI STEPHEN, Basler Kommentar Internationales Privatrecht, 3. Aufl., Basel 2013 (zit. BSK IPRG-Bearbeiter/in)

HÜRLIMANN DANIEL/ZECH HERBERT, Rechte an Daten, sui generis 2016, S. 89 ff.

KERNEN ALEXANDER, Persönlichkeitsverletzung im Internet. Zuständigkeit schweizerischer Gerichte im internationalen Verhältnis, Diss. Bern, Zürich 2014

KÜNZLE HANS RAINER, Digitaler Nachlass nach schweizerischem Recht, successio 2015, S. 39 ff.

MEIER PHILIPPE, Protection des données, Bern 2011

NIGGLI MARCEL ALEXANDER/WIPRÄCHTIGER HANS, Basler Kommentar Strafrecht, 4. Aufl., Basel 2019 (zit. BSK StGB-Bearbeiter/in)

REHBINDER MANFRED/VIGANÒ ADRIANO, URG Kommentar, 3. Aufl., Zürich 2008

RIEMER HANS MICHAEL, Vererblichkeit und Unvererblichkeit von Rechten und Pflichten im Privatrecht und im öffentlichen Recht, recht 2006, S. 26 ff.

STAFFELBACH OLIVER, Social Media Auftritte einrichten, in: Staffelbach Oliver/Keller Claudia (Hrsg.), Social Media und Recht für Unternehmen, Zürich 2015

STRATENWERTH GÜNTER/WOHLERS WOLFGANG, Schweizerisches Strafgesetzbuch – Handkommentar, 3. Aufl., Bern 2013

STREIFF ULLIN/VON KAENEL ADRIAN/RUDOLPH ROGER, Arbeitsvertrag – Praxiskommentar zu Art. 319-362 OR, 7. Aufl., Zürich 2012

THOUVENIN FLORENT/FRÜH ALFRED/LOMBARD ALEXANDRE, Eigentum an Sachdaten: Eine Standortbestimmung, SZW 2017, S. 25 ff.

TRECHSEL STEFAN/PIETH MARK (Hrsg.), Schweizerisches Strafgesetzbuch, Praxiskommentar, 3. Aufl., Zürich 2018 (zit. PK StGB-Bearbeiter/in)

WEBER ROLF/CHROBAK LENNART, Der digitale Nachlass, Jusletter IT 24. September 2015

WEBER ROLF/HENSELER SIMON, Daten als Entgelt, SZW 2019, S. 335 ff.

WEBER ROLF/THOUVENIN FLORENT, Dateneigentum und Datenzugangsrechte – Bausteine der Informationsgesellschaft?, ZSR 2018, S. 44 ff.

WILDHABER ISABELLE/HÄNSENBERGER SILVIO, Bring Your Own Device, ARV 2016, 151 ff. (zit. Wildhaber/Hänsenberger, BYOD)

WILDHABER ISABELLE/HÄNSENBERGER SILVIO, Social Media-Kontakte im Arbeitsverhältnis. Wem «gehören» Accounts, Kontakte und Zugangsdaten? in: Roland Müller/Kurt Pärli/Isabelle Wildhaber (Hrsg.), Arbeit und Arbeitsrecht: Festschrift für Thomas Geiser zum 65. Geburtstag, Zürich 2017 (zit. Wildhaber/Hänsenberger, Arbeitsverhältnis)